

Nicht nur im Steuerrecht, sondern auch im Wirtschaftsleben und bei der Immigration brauchen wir eine eindeutige Haftbarkeit der Akteure

Die Eindeutigkeit der Staatsbürgerschaft wahren

30. April 2013, Gerd Held

Die „Steuroasen“, jene Inseln der Anonymität im Ozean globaler Finanzströme, sind in die Kritik geraten. Vor wenigen Wochen galten sie noch als Standorte für kluges Vermögensmanagement, nun sind sie zu Stützpunkten einer weltumspannenden Kriminalität geworden. Damit ist eine handfeste Konsequenz verbunden: Die Anonymität der Eigentümer wird ein Ende finden. In Kürze werden die Namen eines Großteils der Offshore-Kapitalanleger den Finanzbehörden ihrer Heimatländer mitgeteilt werden. Dadurch wird die Hoheit der (Steuer-)Gesetze dieser Länder wieder hergestellt. Natürlich ist es auch legitim, die Staatsangehörigkeit zu wechseln und definitiv auszuwandern, aber es ist doch schwer vorstellbar, dass ein größerer Teil der vermögenden Bewohner dieser Welt in Zukunft eine Art Offshore-Bürgerschaft in Singapur oder auf den Kaiman-Inseln bilden werden. Es ist nicht nur die Größe, die Lichtenstein oder Luxemburg von ihren Nachbarn unterscheidet, sondern die Unvollständigkeit des Staatsgebildes. Der Staat gestaltet hier gar nicht umfassend seine Wirtschaftsordnung, seine Sicherheit oder seine Sozialleistungen, sondern er zehrt von der Souveränität der klassischen Territorialstaaten in seiner näheren und ferneren Umgebung.

Nun ist, mit dem Fortschreiten der Schuldenkrise, die Eigenverantwortlichkeit der Staaten wieder stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Mit der Datenübermittlung an die heimatlichen Steuerbehörden wird das jetzt auch für die Bürger fühlbar. Sie können ihre Zugehörigkeit zu einem Staatswesen nicht mehr nach Belieben hinter sich lassen. Sie begleitet sie rund um den Erdball. Damit kommt eine politische Grundbestimmung, die viele eigentlich schon für überholt hielten, wieder auf die Tagesordnung: die Staatsbürgerschaft. Sie muss eindeutig festgelegt sein, damit wir weltweite Beziehungen eingehen können. Sie muss aber auch für diejenigen geklärt sein, die in unser Land kommen. Da gegenwärtig das Hauptthema die Steuerflucht ist, entsteht leicht der Eindruck, hier ginge es nur um die Beschaffung von Geld. Die Klärung der Staatsangehörigkeit wäre nur wichtig als Ansatzpunkt für die Zahlungspflicht der Bürger – sie wäre also vor allem eine Last. Dieser negative Beigeschmack wird noch stärker, wenn Behörden Informationen kaufen, die auf kriminellem Wege beschafft wurden. Bedeutet also die eindeutige Zuordnung zu einem Staat die Gefahr, zu einem vollständig kontrollierten Bürger zu werden?

Doch sollte man das Thema nicht mit zu kleiner Münze diskutieren. Hinter der Steuerfrage steht ein ordnungspolitischer Einsatz. Die Globalisierung setzt verantwortungsfähige staatliche Einheiten voraus und dabei sollte man weniger an die großen Konferenzen denken als an das praktische Wirtschaftsleben. Bei Geschäften, die über Ländergrenzen hinweg abgeschlossen werden, wird inzwischen viel stärker darauf geachtet, welchen Haftungsregeln der

Geschäftspartner in seinem Land unterliegt. Das Kapital ist mobil, aber die Kapitaleigner müssen greifbar bleiben. Eine geklärte und deklarierte Staatsbürgerschaft gehört mit zu ihrer Solidität als Eigentümer. Sie verleiht den wirtschaftlichen Akteuren mehr Gewicht, sie macht sie größer. Die Zugehörigkeit zu einem Staatswesen sitzt immer mit am Verhandlungstisch. Das gilt auch in einem tieferen institutionellen Sinn: Die Mindestnormen, die ein Staat im Bildungs- und Gesundheitswesen, in Sicherheitsfragen, bei technischen Anlagen und beim Umweltschutz setzt, bilden eine Vertrauensgrundlage. Wo Menschen, die einander weitgehend unbekannt sind, zusammenwirken wollen, wird ihre Staatsbürgerschaft zu einer gegenseitigen Bürgerschaft. Wir müssen uns auf eine neue Phase der Globalisierung einstellen, in der wir wieder stärker nach unserer Zugehörigkeit zu einem Staatswesen gefragt werden, wenn wir mitmachen wollen.

Das hat allerdings eine Konsequenz, die manchem eifrigen Verfolger von Steuersündern nicht klar ist: Solidität ist nur zu haben, wenn die Zugehörigkeit eindeutig festgelegt ist. Doppelte Staatsbürgerschaften müssen – außer in Sonderfällen - ausgeschlossen sein. Das gilt nicht nur bei der Besteuerung. Insgesamt dürfen die gesetzlichen Ansprüche und Pflichten nicht zu einem Menü à la carte werden, das man sich nach Belieben zusammenstellt. Die Zugehörigkeit zu einem Staatswesen ist nur etwas wert, wenn sie unteilbar ist. Die generelle Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft sollte in Deutschland Ende der 90er Jahre eingeführt werden. Sie galt damals bei ihren Anhängern als Zeichen für eine weltoffene Haltung und Respekt vor multikulturellen Biographien. Man verstand nicht, dass es hier um die Klärung von gesetzlichen Verbindlichkeiten ging und nicht um kulturelle Orientierungen. Viele Menschen haben heute eine Identität, die sich aus mehreren Kulturkreisen speist. Was aber die nüchternen Verbindlichkeiten betrifft, die eine Staatsbürgerschaft festlegt, kann diese Vielfalt nicht abgebildet werden. Der Personalausweis kann kein Lebenslauf sein, auch kein Symbol für weltbürgerliche Gesinnung.

In der Frage der Staatsangehörigkeit gab es bisher eine Tendenz zur Aufweichung. Zwar wurde eine generelle Einführung der Doppelpass-Möglichkeit in Deutschland, der CDU in Hessen sei Dank, zunächst gestoppt, aber es gibt wieder Stimmen, die eine Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft fordern – als „Integrationspolitik“, die als Sonderpolitik verstanden wird. Dabei sind die Erfahrungen mit der gegenwärtigen Regelung noch gar nicht ausgewertet. Erst kürzlich hat der Fall des Onur B., der dringend tatverdächtig ist, auf dem Berliner Alexanderplatz einen jungen Thailänder zu Tode geprügelt zu haben, dies Thema auf die Tagesordnung gebracht. Er hatte sich in die Türkei abgesetzt und die deutschen Behörden konnten nicht feststellen, ob der Tatverdächtige neben der deutschen auch eine türkische Staatsbürgerschaft besaß. Die dortigen Behörden verweigerten die Auslieferung und es war nur die Aussicht auf einen Prozess in der Türkei, der Onur B. schließlich zur Rückkehr veranlasste. Offenbar gibt es nicht nur in Steuerdingen Schlupflöcher aus der Haftbarkeit. Die Affäre um die Steueroasen könnte also eine positive Pointe bekommen. Sie könnte dazu führen, dass der Wert einer eindeutigen Staatsangehörigkeit insgesamt neu diskutiert wird.

(Manuskript vom 30.4.2013, erschienen als Essay in der Tageszeitung DIE WELT am 3.5.2013 unter dem Titel „Ein Pass reicht“)